

Glahn, Hans-Otto

Article — Digitized Version

Das Energieproblem in Spanien

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Glahn, Hans-Otto (1959) : Das Energieproblem in Spanien, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 39, Iss. 12, pp. 691-694

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132898>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

plexes wurden für den Bau von Schulen und Läden sowie Grünanlagen verwendet. Man hätte auch nur Wohnhäuser, womöglich nur „Wolkenkratzer“ dort bauen können. Man tat es nicht, da auch die Entvölkerung früher übervölkerter Teile der Stadt zur Planung bei der Slum-Beseitigung gehört.

Es hat sich in diesem einen Falle übrigens auch herausgestellt, daß nur sehr wenig ursprüngliche Bewohner des sanierten Gebiets von ihrem Vorrecht

auf Rückzug in Neubauwohnungen an der alten Wohnstätte Gebrauch machten. Sie hatten inzwischen eine neue Heimat gefunden und sehnten sich nicht dorthin zurück, wo sie einst als Slumbewohner gehaust hatten. Diese Erfahrung zeigt sich auch an vielen anderen Stellen, wo die Slums bereits beseitigt worden sind. Allerdings ist dies der einzige Aspekt bei dem großen Problem der Slum-Beseitigung, der in der Praxis leichter zu lösen ist als in der Theorie.

Das Energieproblem in Spanien

Hans-Otto Glahn, Madrid

Die fortschreitende Industrialisierung Spaniens, die Notwendigkeit, seiner wachsenden Bevölkerung Arbeit zu geben, hat schon seit langem dazu geführt, das Augenmerk der Regierung, die in einer staatlich stark gelenkten Wirtschaft für die Zukunftsplanung verantwortlich ist, auf die erforderliche Erhöhung der Energie-Erzeugung zu richten, um sie dem steigenden Bedarf anzugleichen. Man hat großzügige Zukunftspläne entworfen und will jetzt nach erfolgter Stabilisierung der Währung in erster Linie das eigene Wirtschaftspotential und außerdem auch das Auslandskapital, von dem man erwartet, daß es in Spanien Anlage suchen wird, hauptsächlich zur Verbesserung der Energiequellen einsetzen.

Der Gesamtverbrauch an Energie wurde für 1941 mit 12,3 Mill. t Steinkohle ermittelt, war bis 1956 auf 24,7 Mill. t, also auf 200 %, gestiegen und sollte sich in den nächsten 15 Jahren auf etwa 81 Mill. t oder 330 % des jetzigen Bedarfs erhöhen, wobei alle Brennstoffe und elektrischer Strom auf Steinkohlenbasis umgerechnet sind. Im einzelnen ergibt sich für die Entwicklung der drei Hauptenergiequellen Kohle, Elektrizität und Erdöl folgendes Bild.

KOHLE

Die Kohlenförderung in Spanien, die sich von 1930 bis 1940 nur wenig erhöhte, dann bis 1958 um 35 % anstieg und in den nächsten 15 Jahren fast verdoppelt werden soll, betrug 1941 7,6 Mill. t Steinkohle, 1,1 Mill. t Anthrazit und 0,8 Mill. t Braunkohle. 1958 ergab die Förderung 11,3 Mill. t Steinkohle, 3,1 Mill. t Anthrazit und 2,6 Mill. t Braunkohle, konnte also im ganzen etwa verdoppelt werden, wobei allerdings der früher unbedeutende Anteil der Braunkohle sich erheblich gesteigert hat.

Die Vorräte an Kohlen werden auf 6 Mrd. t geschätzt, von denen 2,5 Mrd. t nach dem heutigen Stand der Technik als wirtschaftlich abbaufähig angesehen werden, so daß es nicht ausgeschlossen erscheint, den gegenwärtigen jährlichen Abbau von 17 Mill. t auf 31 Mill. t zu erhöhen. Allerdings sind dafür Investitionen erforderlich, die besonders in der Verbesserung der Förderanlagen bestehen und deren Kosten für den gesamten Zeitraum von 15 Jahren auf 300 Mill. \$ beziffert werden. Der Wert der heutigen Förderung, der etwas über 100 Mill. \$ beträgt, soll durch Moder-

nisierung der Anlagen auf fast das Doppelte gesteigert werden, so daß praktisch die Erweiterung der Förderkapazität 10 % des Wertes der jeweiligen Jahresproduktion für Ausbaurkosten beanspruchen würde.

Heute werden 90 % des Verbrauchs durch Eigenförderung gedeckt, obwohl die Qualität der heimischen Kohlen nicht sehr gut ist. Deshalb besteht vielfach der Wunsch nach Erhöhung der Importe, dem jedoch sowohl aus devisentechnischen als auch aus Gründen des Schutzes der heimischen Industrie nicht nachgegeben wird. Einer der wichtigsten Verbraucher sind heute noch die Eisenbahnen, während die Schifffahrt, soweit sie nicht überhaupt auf Ölfeuerung umgestellt ist, nach Möglichkeit fremde Kohle verheizt. Für die Elektrizitätserzeugung werden noch etwa 15 % der Gesamtförderung verwertet. Einen gleich großen Anteil beansprucht die Schwerindustrie, während auf die Verkokung und die Erzeugung von Leuchtgas nur etwa 6 % der Jahresförderung entfallen. Direkt an Haushalte geliefert werden nur rd. 700 000 t, also 4 %, zu denen allerdings wohl noch ein erheblicher Teil der vom Großhandel übernommenen Mengen (12 %) treten dürfte. Von der Leuchtgaserzeugung von rd. 360 Mill. cbm dienen 80 % der Belieferung von Privathaushalten und nur 20 % industriellen Zwecken. In der augenblicklichen Umstellungszeit auf die neue Wirtschaftspolitik, die durch die Währungsreform bedingt ist, ergab sich auch im Kohlenbergbau eine Absatzkrise, deren Folgen noch nicht abzusehen sind.

ELEKTRIZITÄT

Ganz erheblich schneller als die Kohlenförderung ist die Gewinnung der elektrischen Energie angewachsen. Allerdings verzögerten die Jahre des Bürgerkrieges auch hier die Entwicklung. Die Erzeugung des Jahres 1931 in Höhe von 2,7 Mrd. kWh stieg bis 1941 auf 4,3 Mrd. kWh, dann aber setzte das von der Regierung besonders stark geförderte Aufbauprogramm ein, und trotz aller Schwierigkeiten infolge des zweiten Weltkrieges, in dem Spanien zwar neutral blieb, der aber durch die Unmöglichkeit, die notwendigen Maschinen zu beschaffen, den Aufbau der Industrie stark hemmte ebenso wie der nach Kriegsende einsetzende Wirtschaftsboykott gegen das Franco-Regime, gelang es bis 1950, nochmals eine Erhöhung um 170 %

auf 7,2 Mrd. kWh zu erreichen. 1958 waren es bereits 16,4 Mrd. kWh, also mehr als das Doppelte von 1950 und das Sechsfache von 1931.

Im Jahre 1931 wurden 90 % der gewonnenen Elektrizität durch Wasserkraft erzeugt. Man verfügte damals allerdings über Anlagen, die eine erheblich größere Produktion der zahlreich vorhandenen Dampfkraftwerke ermöglicht hätten, da sie theoretisch ein Drittel des Bedarfs befriedigen konnten. Ihre Kapazität wird jedoch in der Regel nur dann stark beansprucht, wenn die Wasserkraftwerke nicht ausreichen, sei es daß eine saisonbedingte Bedarfssteigerung eintritt, sei es, daß die Staubecken in regenarmen Jahren nicht genügend Reserven enthalten. Infolgedessen war man bemüht, auch in den folgenden Jahren beide Möglichkeiten der Stromerzeugung ziemlich gleichmäßig auszubauen, und der Anteil des durch Wasserkraft erzeugten Stromes an der Gesamtproduktion schwankte dann auch zwischen 66 und 90 %.

In regenarmen Jahren, die in Spanien häufig sind, mußten vielfach Maßnahmen ergriffen werden, um den Verbrauch einzuschränken. Es wurden Sperrstunden eingeführt, eine Maßnahme, die für viele Industrien schwerwiegende Folgen hatte, die man aber in Zukunft nicht mehr für notwendig hält, nachdem in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Dampfkraftwerken in Betrieb gesetzt wurden. Für diesen Winter sind solche Maßnahmen schon deswegen nicht zu befürchten, da 1959 auf der Iberischen Halbinsel — im Gegensatz zu Nord- und Mitteleuropa — so viel Niederschläge gefallen sind, daß die Wasservorräte der Staubecken Ende Oktober fast das Doppelte des Vorjahres und 50 % des Gesamtfassungsvermögens erreichten und auch im November bereits wieder zuzunehmen begannen, was normalerweise erst Ende Dezember oder sogar erst im Januar einzutreten pflegt. Dabei beträgt das Fassungsvermögen aller Staubecken in Spanien mit 16 Mrd. cbm heute das Vierfache des Standes vor zwanzig Jahren.

Am Verbrauch waren die Industrie mit 65 %, Haushalte und Beleuchtung mit 15 % und elektrisch betriebene Verkehrsmittel mit 8 % beteiligt, während der Rest als Eigenverbrauch der Werke und Verlust bezeichnet wurde, woran sich seit 1931 nichts wesentliches geändert hat. Besonders auffällig ist der mit knapp 1,5 % außerordentlich geringe Anteil der Landwirtschaft am Verbrauch.

Die gegenwärtige Produktionskapazität der Wasserkraftwerke beträgt 4,5 Mill. kW, die der Dampfkraftwerke 1,5 Mill. kW. Zwar beläuft sich die vorhandene theoretische Wasserkraftreserve bei vollgefüllten Staubecken auf 5,6 Mill. kW, praktisch jedoch können davon bestenfalls 60 % ausgenutzt werden, da selbst im Mai nach der Schneeschmelze sämtliche Staubecken nur höchstens zu zwei Drittel gefüllt sind.

Da man nun annimmt, daß der Bedarf jährlich um 8—10 % steigt, ist es notwendig, für die Zukunft Vorsorge zu tragen. Bei einer derartigen Nachfrageerhöhung in den nächsten 15 Jahren muß die Produktion verdreifacht oder sogar vervierfacht werden, und hierfür ist eine weit vorausschauende Vorarbeit zu leisten, da ja Kraftwerke und insbesondere Wasser-

kraftwerke eine erhebliche Bauzeit benötigen. Nun hängt die Möglichkeit, die Versorgungssteigerung aus der Anlage neuer Staubecken mit angeschlossenen Wasserkraftwerken zu befriedigen, sehr stark davon ab, wie weit man die von der Natur gegebenen Voraussetzungen ausnutzen kann, welche Reserven also im Aufstauen der Flüsse unter Höchstausnutzung der durchschnittlichen Regenfälle in ihrem Einzugsgebiet nutzbar zu machen sind. Hierbei ergibt sich, daß man bestenfalls mit zusätzlichen 20 Mrd. kWh aus Wasserkraft rechnen kann. Bei einer jährlichen Nachfragezunahme von 10 % kann die Bedarfsdeckung also im Jahre 1972 höchstens zur Hälfte durch Wasserkraftwerke erfolgen. Aus diesem Grunde müßte die Erzeugungskapazität der Dampfkraftwerke auf das Sechsfache gesteigert werden, um die Nachfrage zu befriedigen. Dies wird kaum im Bereich der Möglichkeit liegen, und man weist deshalb schon heute darauf hin, daß es notwendig sein wird, energisch an die Errichtung von Atomkraftwerken heranzugehen, um nicht Gefahr zu laufen, in durchaus absehbarer Zeit einer Lücke in der Energieversorgung gegenübergestellt zu sein.

Der voraussichtliche Kapitalbedarf für den Ausbau der Elektrizitätswerke einschließlich des notwendigen Verteilernetzes wird auf 300 \$ für Dampf-, 400 \$ für Wasser- und 500 \$ für Atomkraftwerke pro kW installierter Leistung geschätzt.

Bei einer jährlichen Kapazitätsausnutzung von 3 500 Stunden würden also Anlagen mit einer installierten Leistung von 10—13 Mill. kW zu schaffen sein. Es würde sich damit in den nächsten 15 Jahren ein Investitionsaufwand zwischen 3 und 5 Mrd. \$ oder 180 bis 300 Mrd. Pts, d. h. im Jahresdurchschnitt also 15—20 Mrd. Pts, ergeben, wobei freilich zu Beginn ein kleinerer Betrag ausreichen würde, der die schon 1958 in der Elektrizitätserzeugenden Industrie investierten 10 Mrd. Pts wohl nicht wesentlich überschreiten dürfte. Naturgemäß erfordert gerade die Anlage von Kraftwerken die Einfuhr wertvoller Maschinen, deren Beschaffung so erhebliche Devisen beanspruchen würde, daß sie normalerweise nicht aufgebracht werden können. Aus diesem Grunde ist die Beteiligung ausländischen Kapitals am Ausbau der spanischen Kraftwerke unbedingt notwendig und daher mit besonderen Vergünstigungen in bezug auf spätere Rückzahlungs- und Gewinntransfermöglichkeiten ausgestattet.

ERDÖL

Ähnlich wie der Bedarf an Elektrizität hat die Nachfrage nach Erdöl rasch zugenommen und belastet zur Zeit bei einer fast völlig fehlenden Eigenproduktion die Handelsbilanz sehr erheblich, da heute etwa 20 % des Einfuhrwertes auf Erdöl entfallen, während dieser Satz vor dreißig Jahren nur 8 % betrug. Das bedeutet zur Zeit eine Ausgabe von mehr als 100 Mill. \$ jährlich. Wenn aber heute etwa 4 Mill. t Erdöl jährlich eingeführt und im Lande verbraucht werden — weitere 1 Mill. t werden teils im Rohzustand, teils nach der Verarbeitung in den im Lande errichteten Raffinerien, insbesondere auf den Kanarischen Inseln, vor allem als Treiböl für Überseeschiffe wieder ausgeführt —, so läßt der vorgesehene Ausbau der Wirt-

schaft und im Zusammenhang damit die Erhöhung der Zahl der Kraftfahrzeuge eine Verdreifachung des Bedarfs für die nächsten 15 Jahre voraussehen.

Man ist in Spanien schon seit langem daran gegangen, im Lande eigene Raffinerien zu errichten, die das fast ausschließlich im Rohzustand und vornehmlich auf eigenen Schiffen eingeführte Erdöl verarbeiten und die Produktion dem Verbrauch zuführen. Die Verteilung liegt dabei in den Händen der halbstaatlichen Monopolgesellschaft CAMPSA, die ebenso wie die auf den außerhalb des Monopolgebietes liegenden Kanarischen Inseln arbeitende CEPSA über eine bedeutende Tankerflotte verfügt.

Geht man nun davon aus, daß es zunächst einmal erforderlich ist, die zur Verarbeitung des einzuführenden Rohöls notwendigen Raffinerien zu errichten bzw. die vorhandenen auszubauen, so ergibt sich die Notwendigkeit, im Zeitraum der nächsten 15 Jahre weitere 250 Mill. \$ oder 15 Mrd. Pts zu investieren, eine Anlage, die wiederum in erster Linie zur Beschaffung von Maschinen erhebliche Devisenaufwendungen erfordert und für die deshalb auch in besonderem Maße die Beteiligung ausländischen Kapitals erwünscht und vorgesehen ist. Auch hier wird der Bedarf, genau wie bei Kohle und Elektrizität, zu Beginn wesentlich niedriger als der Jahresdurchschnitt sein und sich mit fortschreitender wirtschaftlicher Entwicklung Spaniens steigern.

Mit der Anlage der Raffinerien allein ist aber keineswegs das ganze Problem gelöst, denn, wie erwähnt, erfordert die Einfuhr des Rohöls bereits heute eine jährliche Ausgabe von mehr als 100 Mill. \$, und wenn der Verbrauch sich mindestens verdreifachen soll, wird deutlich genug, daß die Belastung der Handels- und damit der Zahlungsbilanz und der Stabilität der Währung immer drückender wird. Diese Belastung bleibt auch dann, wenn es gelingt, den Import anderer Güter einzuschränken und andererseits den Export, vor allem auch den handelsbilanzmäßig unsichtbaren Fremdenverkehr, zu steigern.

So wird es verständlich, daß die spanische Regierung schon vor der Währungsstabilisierung und dem Beitritt zur OEEC ein Gesetz erließ, das in- und ausländisches Kapital an Versuchen, im Lande selbst Erdöl zu finden, interessieren sollte. Bisher waren Versuchsbohrungen nur gelegentlich und in völlig unzureichendem Maße vorgenommen worden. Zwischen 1940 und 1958 erreichte die Gesamttiefe aller Bohrlöcher 100 000 m, wofür etwa 1 Mrd. Pts ausgegeben worden sein sollen. Man schätzt aber, daß es erforderlich

sein wird, die Bohrungen auf eine Gesamttiefe von 200 000 m zu verdoppeln, um Aussicht auf Erfolg zu haben. Und zwar mindestens 6 bis 8 Jahre lang, wobei man mit einem notwendigen Kostenaufwand von 1,5 Mrd. Pts rechnet, von dem etwa 50 % in Devisen ausgegeben werden müssen, um zu annehmbaren Resultaten gelangen zu können.

Man hat das ganze Land, in dem auf einer Fläche von 28 Mill. ha Erdölvorkommen vermutet werden, in Planquadrate eingeteilt, von denen etwa 12,5 % als Staatsreserve bezeichnet werden. In diesen Gebieten ist eine Beteiligung von Auslandskapital nur bis zu 49 % zugelassen, während für alle übrigen Gebiete auch eine 100 %ige Kapitalbeteiligung ausländischer Unternehmungen möglich ist.

Eine ähnliche Regelung wurde für die afrikanischen Restbesitzungen Spaniens getroffen, nämlich Spanisch-Guinea und Westafrika, die heute von Kolonien zu Provinzen erhoben worden sind. Vor allem Westafrika, das den den Kanarischen Inseln gegenüberliegenden Teil der Küste bildet und ziemlich weit in die Sahara hineinreicht, scheint von besonderem Interesse zu sein.

Die Vorteile, die dem Kapital bei der Erforschung der Fördermöglichkeiten und der Ausbeutung etwa aufgefundener Quellen geboten werden, bestehen insbesondere in weitgehenden Befreiungen von Steuern, die durch eine 50 %ige Staatsbeteiligung am Reingewinn ersetzt werden, und in der Zusage der völligen Transferfreiheit erzielter Gewinne. Dies ist auch vom devisentechnischen Standpunkt aus zu rechtfertigen, da jede im Lande geförderte Tonne Rohöl Devisen erspart.

In einem halben Jahr liefen bei dem zuständigen Ministerium nicht weniger als 233 Anträge auf eine Konzessionserteilung innerhalb eines bestimmten Planquadrates ein, von denen sich 69 auf die Halbinsel, 2 auf Guinea und nicht weniger als 162 auf die Saharaküste bezogen. Allein 14 Anträge interessieren sich für ein in der Nähe des Cap Bojador bei Amasin gelegenes Gebiet und bieten z. T. von sich aus freiwillig für die Zuteilung erhebliche Zahlungen an. Die Anträge sind sowohl von rein spanischen als auch von rein ausländischen Erdölgesellschaften gestellt worden, besonders häufig wünscht man aber eine Zusammenarbeit beider. Man sieht also die Gründung neuer Unternehmen mit gleichzeitiger Beteiligung ausländischen und spanischen Kapitals vor, wobei es vor allem die großen internationalen Ölgesellschaften sind, die keine neuen Erschließungsmöglichkeiten unbeachtet

NORDDEUTSCHE KREDITBANK

AKTIENGESELLSCHAFT

Bremen, Obernstraße 2-12 · Filialen: Bremerhaven, Vegesack

Telefon: 2 17 11, 2 18 11 · Telegramm: „NORDKREDIT“ · Telex: 024 4811, 024 4689

lassen wollen und sich möglichst weitgehende Rechte zu sichern suchen. Aber auch deutsche Firmen werden als Interessenten genannt und sind zum Teil schon in Verbindung mit spanischen Gesellschaften tätig, die in Bohrversuchen und Schachtanlagen erfahrene Partner suchen.

FINANZIERUNG

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß Spaniens Energieprobleme vornehmlich finanzieller Natur sind. Man sieht eine erhebliche Steigerung des Bedarfs voraus, der notwendigerweise bei der Entwicklung der Gesamtwirtschaft auf ein höheres Niveau eintreten muß, denn der heutige Verbrauch auf die Einwohnerzahl umgerechnet — und Spanien zählt in Westeuropa zu den Ländern mit sehr geringer Bevölkerungsdichte — stellt nur etwa ein Viertel des Verbrauchs in der Bundesrepublik dar.

Das Programm des wirtschaftlichen Ausbaus sieht für die nächsten 15 Jahre insgesamt Investitionen bis zu 7,5 Mrd. \$ vor, von denen im ersten Jahrfünft 1,2 Mrd., im zweiten 2,5 Mrd. und im dritten die restlichen 3,7 Mrd. \$ aufgebracht werden müssen. Schon innerhalb der nächsten 5 Jahre werden etwa 250 Mill. \$ oder 15 Mrd. Pts jährlich, also etwa 20 % der insgesamt vorgesehenen Investitionen, aus Überschüssen des Volkseinkommens und Kapitaleinfuhr in der Energiewirtschaft angelegt werden, eingerechnet die für die Versuchsbohrungen aufzubringenden Mittel, die etwa ein Zehntel der oben genannten Zahl betragen. Ein großer Teil der Mittel muß zur Beschaffung der Maschinen, die im Lande nicht hergestellt werden können, in Devisen aufgebracht werden. Daher sucht Spanien ausländische Kapitalbeteiligung, die notwendig ist, um das für den Ausbau der Gesamtwirtschaft wichtige Problem zu lösen.

Die Außenhandelsverflechtung der kommunistischen Länder

Dietrich Eberhard (Groß, Hamburg)

Die marxistische Theorie befaßt sich nicht mit dem Außenhandel. Dieser ist angeblich eine typisch kapitalistische Erscheinung mit dem Zweck, die unaufhaltsame Wirtschaftskrise hinauszuschieben, die die Weltrevolution einleiten sollte. Tatsächlich war der Außenhandel für die Sowjetunion zwischen den beiden Weltkriegen nur insoweit von Bedeutung, als er dazu diente, die Industrialisierungsbestrebungen zu unterstützen und zu beschleunigen und Disproportionen auszugleichen, die sich als Folge der Planung einstellten. Selbst mit der Mongolei, dem einzigen anderen kommunistischen Land außer der Sowjetunion, fand nur ein relativ geringfügiger Warenaustausch statt, der von sowjetischer Seite für 1923/24 (1. 10.—30. 9.) mit 12,1 Mill. Rbl, für 1926/27 mit 42,6 Mill. Rbl, für 1935 mit 68,1 Mill. Rbl und für 1938 mit 81,3 Mill. Rbl angegeben wird. Nur 1930, das Jahr des höchsten Außenhandelsumsatzes der UdSSR vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges, war mit 130,9 Mill. Rbl — damals gleich 22,6 Mill. \$ — eine Ausnahme, wobei noch der größere Teil, nämlich 68,8 Mill. Rbl, auf sowjetische Bezüge aus der Mongolei entfiel.

DER „SOZIALISTISCHE WELTMARKT“

Die nach 1945 eingetretene Entwicklung hat die sowjetische Politik und Wirtschaftsplanung ebenso wie die marxistisch-leninistische Theorie vor eine unerwartete Situation gestellt. Während Lenin 1920 die Tendenz zur Bildung einer einheitlichen, nach einem gemeinsamen Plan regulierten Weltwirtschaft voraus sagte, hatte die Schaffung einer ganzen Anzahl weiterer kommunistischer Staaten zur Folge, daß eine Regelung des Außenhandels sowohl unter ihnen als auch mit den nicht-kommunistischen Ländern gefunden werden mußte. Nach Stalin (1952) „muß als wichtigstes ökonomisches Ergebnis des zweiten Weltkrieges und seiner wirtschaftlichen Folgen der Zerfall eines

einheitlichen, allumfassenden Weltmarktes angesehen werden“, mit dem Resultat, daß „jetzt zwei parallele Weltmärkte existieren, die einander gegenüberstehen“. Das war die Geburtsstunde des „demokratischen“ oder „sozialistischen“ Weltmarktes, der heute von der Elbe bis zum Japanischen Meer reicht und dem — Jugoslawien nicht eingerechnet — 12 Länder angehören.

In diesem „sozialistischen Weltmarkt“ sind die einzelnen Staaten bisher unverändert erhalten geblieben, die Grenzen sind nicht gefallen, und das Problem des Außenhandels besteht damit fort. Nicht einmal die Theorie ist dieser Entwicklung gefolgt. „Zuweilen wird“, schreibt die polnische Wirtschaftszeitschrift „Zycie Gospodarcze“, „die Ansicht vertreten, die Schwierigkeiten im Außenhandel der sozialistischen Länder seien auf das Fehlen einer Theorie des zwischenstaatlichen Austausches in der sozialistischen Wirtschaftslehre zurückzuführen“.

Wenn die kommunistischen Länder auch größtenteils Entwicklungsländer sind, teilweise noch auf der „vorkapitalistischen“ Stufe — wie insbesondere die Mongolei trotz 35jähriger kommunistischer Herrschaft —, so bedeutete doch der Einschluß so hochindustrialisierter Länder wie die Tschechoslowakei und die mittel- und ostdeutschen Gebiete einerseits und so wichtiger Produzenten von Nahrungsmittel- und Industrieerzeugnissen wie China andererseits für den „sozialistischen Weltmarkt“ einen bedeutenden Zuwachs an Wirtschaftspotential. Zur Koordinierung der planwirtschaftlichen Entwicklung dieses riesigen Raumes mit seinen außerordentlich differenzierten Entwicklungsstufen wurde Anfang 1949 der „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ — SEW (Sowjet Ekonomitscheskoj Wsaimopomoschtschi — gegründet, oft im Westen fälschlicherweise mit COMECON bezeichnet. Allerdings gehören die vier kommunistischen Länder